

„Wer Gewalt sät,...“

Überlegungen zum eskalierenden Kulturkrampf

von Ulrich Mercker

Seit 15 Jahren ist er herbeigeredet und -geschrieben worden, der Ungeist des „Clash of Civilizations“, der Zusammenstoß der Kulturen, dessen mentaler Schöpfer, der US-Ideologe Samuel Huntington auch heute noch unbeirrt an seinen Thesen festhält.

Derzeit erleben wir einen Vorgeschmack dessen, was es bedeuten kann, wenn Kriege, Besatzung und systematisch verletzte Menschenwürde als Antwort darauf in einen kollektiven Rausch destruktiver Gewalt umschlagen. Die lichterloh brennenden Botschaften in Damaskus und Beirut sind Ausdruck einer mit Hass, ohnmächtiger Verzweiflung und Empörung über die arrogante Politik des Westens aufgeladenen Situation, die Anlass zu größter Sorge gibt. Sie ist deshalb so gefährlich, da an verschiedenen Brennpunkten des Nahen und Mittleren Ostens gleichzeitig Luntens ausgelegt sind, die die gesamte Region in einer gewaltigen Eruption explodieren lassen können. Ich denke dabei insbesondere an vier akute Krisenherde:

1. Die durch andauernden Krieg und Besatzung völlig chaotische Situation im Irak, in dem die Bevölkerung nicht nur durch tägliche Attentate in Angst und Schrecken versetzt wird, sondern wo das schmutzige Geschäft der Entführungen (nicht nur von Deutschen, Franzosen oder Italienern, sondern viel häufiger noch von Irakern selbst)

und das Fehlen jeglicher rechtsstaatlicher Strukturen die Gesellschaft tief verunsichert.

2. Die geschwächte Position der syrischen Regierung, die wegen angeblicher Verwicklungen in den Mord an dem libanesischen Politiker Hariri auf der internationalen Anklagebank sitzt.

3. Die immer unverhohlener vorgebrachte Drohung einer militärischen Strafaktion gegenüber dem Iran, der an der Entwicklung seiner Atomtechnologie gehindert werden soll und dessen Präsident sich wohl hauptsächlich aus innenpolitischen Gründen zu außenpolitischen Hetztiraden hinreißen lässt, die jedem halbwegs aufgeklärten Menschen die Haare zu Berge stehen lassen.

4. Die äußerst angespannte Lage in Israel/Palästina, wo im von Israel besetzten Teil demokratische Wahlen zu einem klaren Sieg der von den Regierungen des Westens als Terrorgruppe eingestuften Hamas geführt haben.

Gemessen an dem Ausmaß von Leid und Beleidigungen, die an all diesen genannten Brennpunkten täglich erfahren werden, mag dem einen oder der anderen in unseren Gesellschaften der Abdruck plakativer Karikaturen in einer rechtsgerichteten dänischen Tageszeitung wie ein peinlicher Fehltritt erscheinen. Mit einer deutlichen Distanzierung von einem so plumpen Machwerk, das

gezielt auf die muslimische Bevölkerung Dänemarks gerichtet war, hätten Regierung und Medien mühelos klar machen können, dass bestimmte Grenzen der Blasphemie und der Diffamierung ganzer Volksgruppen nicht überschritten werden dürfen bzw. dass, wer dies dennoch tut, sich strafbar macht (vgl. hierzu im deutschen StGB, §166, Abs. 1 und 2).

Stattdessen wurde die Bedeutung der bereits Monate zurückliegenden Provokationen nicht wahrgenommen oder heruntergespielt und auf diese Weise die Wut der Adressaten – der Angehörigen muslimischen Glaubens weltweit – ins Unerträgliche gesteigert. Es konnte den Geheimdiensten und Botschaften der EU nicht verborgen geblieben sein, dass sich hier ein „Tsunami“ der Entrüstung aufbaute, der sich in gewalttätigen Exzessen entladen würde.

Wenn nun als Reaktion auf die Massenproteste in der gesamten islamischen Welt von den europäischen Regierungen im Einklang mit den USA gebetsmühlenartig das Prinzip der Pressefreiheit ins Feld geführt wird, so offenbart das nicht nur ein schwer erträgliches Maß an Geschmacklosigkeit und fehlender Sensibilität, sondern einen Zynismus, der jeden seriösen Journalisten auf die Palme bringen müsste. In einer Konfliktregion, in der die einzig anerkannte Form der Information aus den Quellen „eingebettet“ Medien stammt, vom säkularen Wert der Pressefreiheit zu reden, schmerzt. Es schmerzt nicht nur das ethische Empfinden eines ganzen Berufsstandes, sondern – und das ist viel gravierender – es signalisiert den Betroffenen, dass Pressefreiheit ein zivilisatorisches Gut sei, das über jeden noch so verletzenden Inhalt erhaben ist. So wichtig das in diesen Tagen besonders häufig zitierte Recht auf Freiheit der Meinung, der Presse und der Kunst auch ist, so wenig ist der Verdacht zu entkräften, dass es in dem akuten Konflikt als Kampfbegriff missbraucht wird. Parallelen zum Missbrauch des Menschenrechts-Diskurses in anderen Kontexten drängen sich beinahe zwangsläufig auf.

Das Erstaunen über die Wucht der Protestwelle, die durch die gesamte islamische Welt schwappt, ist entweder naiv oder heuchlerisch. Natürlich sind brennende Botschaften keine adäquate Antwort auf die Arroganz der westlichen Staaten, sind wüste Kopf-ab-Parolen schärfstens zu verurteilen, aber auch diese Frage muss erlaubt sein: Welche Sprache verstehen unsere Staatsmänner und -frauen denn überhaupt noch? Monatelang wurde auf zivilrechtlichem Wege versucht gegen die entwürdigenden und jeden gläubigen Moslem tief verletzenden Karikaturen vorzugehen – ohne Ergebnis. Koranschändungen an anderer Stelle wurden als vereinzelte Fehlritte verharmlost. Die Folterpraktiken gegenüber muslimischen Gefangenen führten nicht etwa zu drakonischen Bestrafungen der dafür Verantwortlichen, sondern lösten stattdessen eine lebhafte Debatte über die Definition von Folter aus. Dazu gesellten sich noch die traumatischen Erfahrungen von verheerenden Attentaten in und vor Moscheen, die „versehentlichen“ Bombardierungen ausgelassen feiernder Hochzeitsgesellschaften oder die tägliche Erniedrigung an Checkpoints, ob im Irak, in Palästina oder auch im Süden Afghanistans. Alle diese Erfahrungen hinterlassen Spuren in den Köpfen und Herzen der drangsalieren Menschen. Darf es da wundern, dass ein symbolischer Anlass genügt, um der angestauten Wut plötzlich freien Lauf zu lassen?

Nicht die „Gotteslästerung“ allein ist der Grund für den Sturm der Entrüstung, sondern die Last der erlebten Erniedrigungen, die nicht mehr ertragen wird.

Es wird Zeit, dass wir Ernst machen mit dem längst überfälligen echten Dialog zwischen unterschiedlichen Gesellschaften, den Regierungen kann man ohnehin nicht mehr über den Weg trauen.

Bonn, 7.2.2006